

Masterplan für eine bessere Verwaltung

Berliner Büro legt Organisationsanalyse des Rathauses mit 72 Optimierungsvorschlägen vor

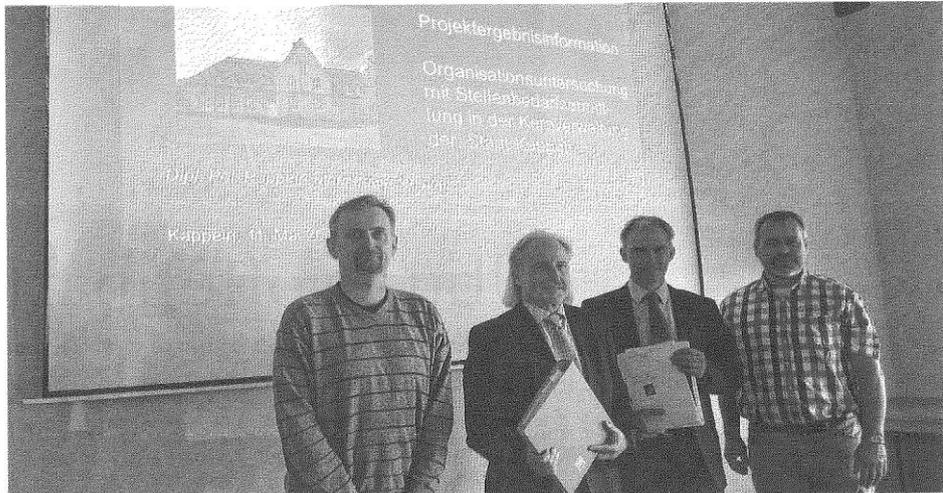
KAPPELN Acht Monate lang stand die Stadtverwaltung unter Beobachtung. Solange hat Achim Poppelreuther, Geschäftsführer der Berliner Firma OMP, für seine Organisationsanalyse benötigt, die die Stadtvertretung im vergangenen September mehrheitlich angeschoben hatte. Jetzt liegt das umfangreiche, 34 000 Euro teure Papier vor, 234 Seiten, die sich mit Ressourcen, Aufbau, Personal, Service, Kommunikation befassen. Das Wichtigste dabei sind die 72 „Optimierungsvorschläge“ (zum Vergleich: Aus der Organisationsanalyse der Schleswiger Verwaltung gingen 132 Verbesserungsvorschläge hervor), die bei der Analyse herausgekommen sind und über die in den kommenden eineinhalb Jahren entschieden werden soll, ob und wenn ja wie sie tatsächlich umgesetzt werden sollen.

Das Ziel der ergebnisoffenen Untersuchung war klar: Es ging um nichts Geringeres als die Verbesserung der Verwaltung, leistungs- und innovationsfähig soll sie sein, bürgernah, außerdem wirtschaftlich arbeiten. Und Achim Poppelreuther hat Gutes wie weniger Gutes festgestellt. Auf der Haben-Seite der Verwaltung verbuchte der Experte etwa die Informationstechnik sowie das Fortbildungsangebot. Auf der Soll-Seite führte er unter anderem die vergleichsweise geringen freiwilligen Aufgaben sowie die Führungsstruktur an. Heißt konkret: „Kompetenzen sollte man bündeln“, sagte Poppelreuther. „Weniger ist manchmal mehr.“ Auch deshalb beinhalten einige seiner Opti-

„Die Unsicherheit ist der Neugier gewichen.“

Jens Luth
Personalrat Stadtverwaltung

mierungsvorschläge etwa die Konzentration bestimmter Zuständigkeiten in einem statt wie bisher in mehreren Fachbereichen. Die Folge wären freie Ressourcen, die nützlicher eingesetzt werden könnten. Was zudem fehle, sei eine „Zielvision“ der Stadt. „Wohin will man sich entwickeln?“, fragte Poppelreuther. Sein Rat: „Je konkreter ein Arbeitsprogramm ist, desto wirksamer kann eine Verwaltung reagieren.“ Dazu gehö-



Die Organisationsanalyse ist fertig: Jens Luth, Achim Poppelreuther, Heiko Traulsen und Wolffhard Kutz (v.li.) präsentieren sie. RN

auch ein detailliertes Berichtswesen, das für transparentes Arbeiten stehe, das wiederum eine bessere Steuerung erlaube. Poppelreuther: „Das betrifft Politik und Verwaltung.“

Nicht unentdeckt ist dem Berliner Pächmann das „nicht ganz spannungsfreie Verhältnis“ von Politik und Verwaltung geblieben – „auch daran sollten Sie arbeiten“. Poppelreuther empfahl einen intensiven Meinungsaustausch etwa im Rahmen einer Wochenendklausur. Regelmäßig würde er zudem Mitarbeiterbefragungen, vielleicht sogar Bürgerbefragungen durchführen.

Dass die Zeit der Gutachtenerstellung für die Mitarbeiter keine leichte war, betonte Personalchef Wolffhard Kutz. „Zu Beginn herrschte eine große Unsicherheit“, sagte er. Mehr noch: „Es war die Angst da, dass am Ende jemand nach Hause gehen muss.“ Inzwischen sei jedoch von dieser Angst nicht mehr viel übrig. Kutz: „Jetzt geht es darum, die Verwaltung zu verbessern, und das kann jeder nachvollziehen.“ Für den Personalrat bestätigte Jens Luth diesen Ansatz, als er

sagte: „Die Unsicherheit ist der Neugier gewichen.“

Bürgermeister Heiko Traulsen erinnerte daran, dass er bereits vor fünf Jahren solch eine Analyse angestrebt habe, die damals aus Kostengründen abgelehnt worden sei. Ungeachtet dessen habe er bereits Fachbereiche zusammengeführt und Stellenausschreibungen kritisch betrachtet. Jetzt sagte er: „Wir haben einen Masterplan, an dem alle mitgewirkt haben und der daher auf Verständnis von allen Seiten bauen kann.“ Neben der Verwaltung hat auch die Politik über die beiden stellvertretenden Bürgermeister Matthias Mau (CDU) und Rainer Moll (SPD) in einer Lenkungsgruppe daran gearbeitet. Eben diese Gruppe soll nun die Umsetzung der Optimierungsvorschläge begleiten.

Während der Hauptausschusssitzung am Montagabend wurde das Gutachten quer durch alle Fraktionen ausdrücklich gelobt. Der Antrag der LWG, der Grünen und des SSW, mit ihren Fraktionsvorsitzenden ebenfalls Teil der Lenkungsgruppe zu wer-

den, fiel allerdings durch. Thorsten Schacht (SPD) warnte etwa davor, die Gruppe so zu einem „Debattierclub“ verkommen zu lassen. Und Volker Ramege (CDU) machte rechtliche Vorbehalte geltend.

Als der Ausschuss danach den Vorsitz der Lenkungsgruppe bestimmen wollte, betonte Traulsen, diesen übernehmen zu wollen – ein Umstand, den einige gut, andere nicht nachvollziehen konnten, da die Gruppe auch Dinge besprechen werde, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen. Rainer Moll sprach sich daher für den Büroleitenden Beamtin Jörg Exner als Vorsitzenden aus. Der Ausschuss folgte dem Vorschlag mehrheitlich, forderte die Verwaltung aber dazu auf, diesbezüglich bei der Kommunalaufsicht für Klarheit zu sorgen. Bis gestern Mittag war der Kommunalaufsicht das Thema nicht bekannt. Allgemein hieß es von dort, dass die Frage des Vorsitzes bei Arbeitsgruppen gesetzlich nicht geregelt sei. Einen Tipp hatte man aber doch parat: „Das ist eine Frage des Verständigens.“ 171